

EU-MONITORING

Sonderausgabe: Europa nach den Wahlen

Stand: September 2024

Inhalt

Anlässlich der im Juni 2024 durchgeführten Europawahlen und sich den daran anschließenden Entwicklungen in der EU veröffentlicht die Beobachtungsstelle eine Sonderausgabe des EU-Monitorings:

- ⇒ Wahlergebnisse
- ⇒ Wie geht es nach den Wahlen weiter?
- ⇒ Zivilgesellschaftliche Reaktionen

Einführung: Europa hat gewählt

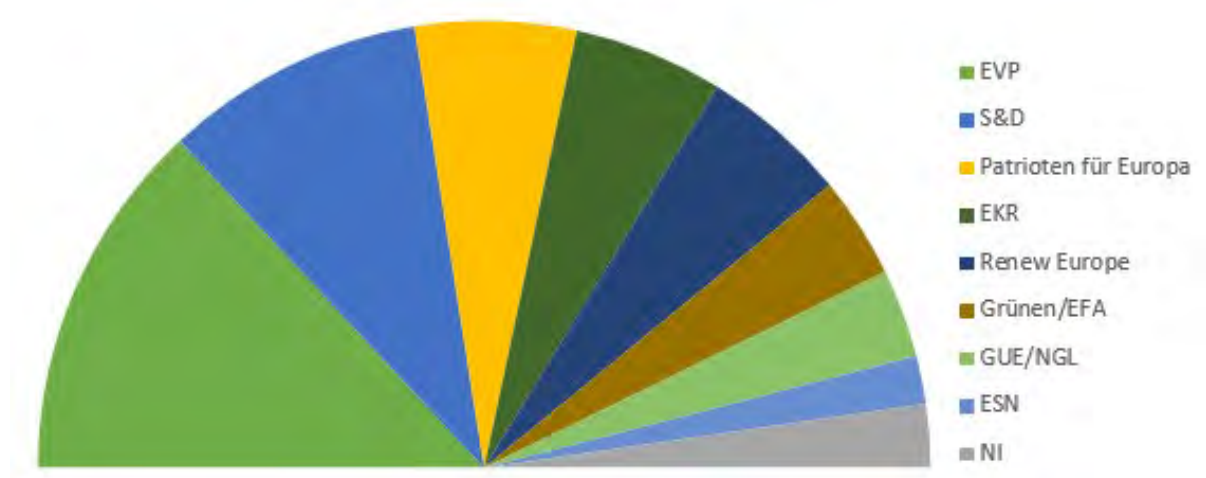
Vom 6. bis 9. Juni 2024 war es wieder soweit: Die Bürger*innen der EU-Mitgliedstaaten wählten die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die alle fünf Jahre stattfindenden Europawahlen sind eine der größten demokratischen Wahlen der Welt: Fast 370 Millionen Europäer*innen wählen die über 700 Mitglieder des Europäischen Parlaments. Das Parlament ist die einzige direkt gewählte transnationale Versammlung der Welt und die einzige Institution der Europäischen Union, die direkt gewählt wird. Es bestimmt maßgeblich gesellschaftspolitische Entscheidungen auf EU-Ebene mit, die einen direkten Einfluss auf das Leben der Europäer*innen haben.

Diese **Sonderausgabe des EU-Monitorings im Nachgang der Europawahlen 2024** stellt seitens der Beobachtungsstelle recherchierte Informationen rund um die Wahlergebnisse und Entwicklungen in der EU, insbesondere mit Blick auf deren Neukonfiguration, nach den Wahlen zusammen. Die Ausgabe erschien im Juli 2024 und wurde im September 2024 aktualisiert.

Wahlergebnisse

Wahlergebnisse 2024 nach inzwischen gebildeten Fraktionen (nach Größe sortiert):

- **Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP):** 188 Sitze,
- **Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D):** 136 Sitze,
- **Fraktion Patrioten für Europa (neu):** 84 Sitze,
- **Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR):** 78 Sitze,
- **Fraktion Renew Europe:** 77 Sitze,
- **Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA):** 53 Sitze,
- **Fraktion Die Linke (GUE/NGL):** 46 Sitze,
- **Fraktion Europa der souveränen Nationen (ESN):** 25 Sitze,
- **Fraktionslos (NI):** 33 Sitze.



Quelle: eigene Darstellung

Einordnungen

- Im Vergleich zu den [Wahlergebnissen 2019](#) konnte die **EVP** weiter an Stimmen dazu gewinnen und geht erneut als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervor.
- Die **S&D**, **Renew Europe** und **Grüne/EFA** verloren im Vergleich zur letzten Wahl deutlich an Stimmen ([Übersicht](#)). Dazugewonnen haben die **GUE/NGL** und vor allem rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien sowie. Ihr Anteil im Parlament ist nach den Europawahlen 2014, 2019 und 2024 nun zum dritten Mal angestiegen.

- Direkt im Anschluss an die Wahlen begannen die Aushandlungsprozesse zur Formierung **politischer Gruppen und Fraktionen**:
 - Die EVP lud bereits S&D sowie Renew Europe zur **Bildung einer pro-europäischen und pro-demokratischen Allianz** ein. Gemeinsam kämen sie auf 401 Sitze, was 55,7 Prozent der Gesamtstimmen entspricht ([Mitteilung](#)). Die EVP hat bislang eine Kooperation mit der EKR nicht explizit ausgeschlossen, dies bildet jedoch für S&D, Renew Europe und auch die Grünen eine rote Linie bei der zukünftigen Zusammenarbeit mit der EVP ([Mitteilung](#)).
 - Die Fraktion Identität und Demokratie (ID) hat sich aufgelöst und ist in die neu gegründete Fraktion **Patrioten für Europa** aufgegangen. Neben vorherigen ID-Mitgliedern haben sich auch die ungarischen Fidesz-Delegation, Mitglieder der tschechischen Ano sowie der spanischen Vox der neuen Fraktion angeschlossen. Dadurch überholt sie die **EKR** und stellt die drittgrößte Fraktion im Parlament ([Bericht](#)).
 - Die AfD hat mit der Fraktion **Europa der souveränen Nationen** eine weitere Fraktion des neuen Europäischen Parlaments gegründet ([Artikel](#)).
- Der Anteil von weiblicher Abgeordneter ist erstmals seit Beginn der Direktwahlen des Parlaments im Jahr 1979 gesunken, wenn auch nur minimal von zuletzt 40 auf jetzt 39 Prozent.
- Mit Blick auf die Abgeordneten des neuen Parlaments, kritisiert das [European Youth Forum](#), dass das durchschnittliche Alter von Abgeordneten bei 50 Jahren liegt und junge Menschen nur 10 Prozent der Sitze belegen. Im Kontrast dazu machen junge Menschen in der EU 25 Prozent der Bevölkerung aus.
- Die [EU-weite Wahlbeteiligung](#) ist im Vergleich zu 2019 von 50,66 auf 51,08 Prozent gestiegen.

Wie wurde in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten gewählt?

- **Stärkster Rechtsruck in Frankreich und Italien; FPÖ und AfD auch sehr stark, besonders starke Verluste für die Grünen in Deutschland und Frankreich, hier vorgezogene Neuwahlen**
 - **Frankreich:** Die rechtsnationale Partei Rassemblement National (RN) um Marine Le Pen holte nach Hochrechnungen an die 32 Prozent – mehr als doppelt so viel wie Macrons Lager. Der Staatschef kündigte als Konsequenz eine Neuwahl des Unterhauses an, die zwei Wahlgänge sind für 30. Juni und 7. Juli geplant.

- In **Italien** hat die extrem rechte und queerfeindliche Ministerpräsidentin Giorgia Meloni mit ihrer Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) die Europawahl klar gewonnen. Die größte Regierungspartei kam nach einer Hochrechnung des Fernsehsenders Rai von Montagmorgen auf 28,9 Prozent – im Vergleich zur Europawahl 2019 ein Plus von mehr als 20 Punkten. Damit liegt sie deutlich vor allen anderen politischen Kräften. Mit dem jetzigen Ergebnis dürfte ihr Einfluss auf europäischer Ebene erheblich zunehmen. Dabei geht es auch um die Frage, ob Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ihr Amt behalten kann.
- **Österreich:** In Österreich ist es das erste Mal, dass die extrem rechte und queerfeindliche FPÖ bei einer landesweiten Wahl auf Platz eins liegt. Die FPÖ kommt laut vorläufigem Ergebnis auf 25,5 Prozent der Stimmen. Für Parteichef Herbert Kickl scheint damit das Ziel, nächster Kanzler zu werden, näher zu rücken. Im Herbst wird in Österreich ein neues Parlament gewählt.
- In **Polen** ist PiS erstmals nicht stärkste Partei, sondern die von Donald Tusk. Allerdings erzielt die rechte Konfederacja, die vor den Europawahlen 2019 gegründet wurde, einen historischen Wahlerfolg mit ihrem Programm gegen den Grünen Deal.
- In **Ungarn** gab es erstmals Verluste bei Orbans Fidesz-Partei.
- **Grüne und linke Parteien haben bei der Europawahl in Schweden, Dänemark und Finnland gut abgeschnitten. Die drei Länder setzten damit einen Gegentrend zum in weiten Teilen Europas zu beobachtenden Rechtsruck ([Zeit Online](#)):**
 - In **Schweden** landeten die rechtsextremen Schwedendemokraten am Sonntag lediglich auf dem vierten Platz, nachdem sie zuvor jahrelang an Unterstützung gewonnen hatten und bei der nationalen Parlamentswahl 2022 zweitstärkste Kraft geworden waren.
 - In **Dänemark** setzten sich proeuropäische Parteien durch. Die klimafreundliche Sozialistische Volkspartei erzielte die größten Zugewinne und landete auf dem ersten Platz, gefolgt von zwei Regierungsparteien: den Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und der rechtsliberalen Venstre.
 - In **Finnland** landete die regierende konservative Partei Nationale Koalition mit fast 25 Prozent auf dem ersten Platz. Doch auch das Linksbündnis erzielte Zugewinne, während die rechtspopulistische Finnen-Partei auf sechs Prozent abwärtschte.

Wie geht es nach den Wahlen weiter?

Übersicht

Zeitstrahl für die Besetzung der Führungspositionen der EU-Institutionen 2024

6.-9. Juni: Europawahlen

ab 10. Juni: Formierung der politischen Gruppen und Fraktionen

17. Juni: informelles Treffen der EU Regierungsspitzen

27./28. Juni: Europäischer Rat: Nominierung Kandidat*in für Kommissionspräsident*innenschaft

16.-19. Juli: konstituierende Sitzung des Parlaments, Wahl von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin

22.-25. Juli: konstituierende Sitzungen der Ausschüsse

2.-14. November: Anhörungen der designierten Kommissar*innen im Parlament

1. Dezember: neuer EU-Ratspräsident António Costa nimmt Amt auf

Parlament bestätigt Einsetzung des Kommissionskabinetts (falls es Einwände gibt, verschiebt sich der Termin hierfür in den Januar)



Europäisches Parlament



Europäischer Rat



Europäische Kommission

Entwicklungen (chronologische Reihenfolge)

- Am 17. Juni traten die **EU-Regierungsspitzen** zu einem informellen Treffen zusammen, um über die Vergabe der Top-Posten zu bestimmen. Dabei konnte jedoch keine Einigung erzielt werden.
- Am 27. Juni haben sich die Regierungsspitzen bei der Sitzung des Europäischen Rates auf die Nominierung von **António Costa** für das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates, von **Ursula von der Leyen** als Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission und von **Kaja Kallas** für das Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geeinigt ([Mitteilung](#)¹).
- Bei der **konstituierenden Sitzung** des neuen Europäischen Parlaments wurde am 16. Juli **Roberta Metsola** bis 2027 erneut zur Präsidentin des Parlaments gewählt ([Mitteilung](#)).
- Am 18. Juli wurde auch **Ursula von der Leyen** mit einer stärkeren Mehrheit als bei ihrem letzten Amtsantritt vom Europäischen Parlament als Kommissionspräsidentin wiedergewählt ([Mitteilung](#)).
- Vor ihrer Wiederwahl stellte sie in einem [Statement](#) ihre **politischen Leitlinien für 2024 bis 2029** vor. Die Leitlinien sehen unter anderem eine Fortsetzung der Union der Gleichheit² vor. Dazu gehören die erneute Benennung eines*r Gleichstellungskommissars*in, aktualisierte Strategien für die Gleichstellung der Geschlechter und LGBTIQ-Gleichstellung sowie ein Fahrplan für Frauenrechte. Außerdem soll es eine Neuauflage des Aktionsplans zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte sowie neue Formate der Jugendbeteiligung geben.

Formierung des neuen Kommissionskabinetts nach den Europawahlen

- **Ursula von der Leyen** hat am 25. Juli die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert bis zum 30. August, jeweils einen männlichen und eine weibliche Anwärter*in für die **Positionen der Kommissar*innen** vorzuschlagen. Dieser Bitte sind nur wenige Mitgliedstaaten nachgekommen, tatsächlich wurden überwiegend männliche Kandidaten vorgeschlagen.
- Am 17. September hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihr **neues Kabinett** präsentiert ([Rede, Übersicht](#)).

¹ Geschützter Link – sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://www.consilium.europa.eu/de/european-council/role-nominations-appointment/2024-nomination-process/>

² Die Beobachtungsstelle veröffentlichte zur Union der Gleichheit ein [Fokus-Monitoring](#) (Stand Mai 2024).

- Die Belgierin Hadja Lahbib soll das Portfolio **Vorsorge und Krisenmanagement** sowie **Gleichstellung** führen ([Mission Letter](#), ab S. 6 zu Gleichstellung).
 - Der Malteser Glenn Micallef ist als Kommissar für **Generationengerechtigkeit, Kultur, Jugend und Sport** nominiert ([Mission Letter](#)).
 - Der Ire Michael McGrath ist als Kommissar für **Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit** nominiert ([Mission Letter](#)).
 - Die Finnin Henna Virkkunen ist als Exekutiv-Vizepräsidentin für **Sicherheit, Demokratie und Werte** nominiert ([Mission Letter](#)).
 - Die Rumänin Roxana Mînzatu die Aufgabe der Exekutiv-Vizepräsidentin für **Fachkräfte, Kompetenzen und Vorausschau** nominiert, darunter sollen auch soziale Rechte sowie die EU-Kindergarantie fallen ([Mission Letter](#)).
- Die Kandidat*innen für das Kabinett werden ab Oktober Anhörungen vor dem Europäischen Parlament haben. Das Parlament stimmt nach diesen Anhörungen dann über das gesamte Kabinett ab.

Zivilgesellschaftliche Reaktionen (Auswahl)

Auf das neue Kabinett der Europäischen Kommission

- Im September haben eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Nominierungen für das ⇒ [neue Kabinett der Kommission](#) kritisiert, dass Gleichstellung kein eigenständiges Ressort mehr ist. Durch die Zusammenlegung mit den weiteren Themen **Vorsorge und Krisenmanagement** wird eine Herabstufung des Themas befürchtet:
 - Die **European Women's Lobby** hat am 17. September ein [Presse-Statement](#) auf ihrer Webseite veröffentlicht.
 - Ebenfalls am 17. September hat auch die **AGE Platform** mit einem [Statement](#) auf diese Planung reagiert.
 - Das **WAVE Network** hat am 19. September ein [Statement](#) auf seiner Webseite veröffentlicht.
 - Ein **Zusammenschluss von über 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen** (darunter beispielsweise das European Roma Grassroots Organisations Network, Eurochild, European Network Against Racism, Equinox – Initiative for Racial Justice) hat am 23. September 2024 einen [offenen Brief](#) veröffentlicht.
 - Der Think Tank **Gender 5+** hat am 20. September einen [offenen Brief an von der Leyen](#) verfasst und eine dazugehörige [Petition](#) gestartet.

Auf das Wahlergebnis

- Am 10. Juni hat das **International Planned Parenthood Federation European Network** (IPPF) ein [Statement](#) zu den Europawahlen veröffentlicht. Darin riefen sie die neuen Mitglieder des Parlaments (MEPs) dazu auf, die Menschenrechte, insbesondere Gleichstellung, Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit, weiter aufrechtzuerhalten.
- Über ihren [Mailverteiler](#) haben sich **Forbidden Colours** am 10. Juni bestürzt über den Sieg von Parteien bei den Europawahlen, die die Rechte von LGBTIQ*-Personen beschneiden wollen, gezeigt.
- In einem [Statement](#) vom 10. Juni bewertete das **European Network on Migrant Women** die Ergebnisse der Europawahlen als herben Schlag gegen Frauenrechte und verwies auf die Normalisierung rechtsextremer Sprache in der Gesellschaft.
- Das **Europäische Netzwerk gegen Rassismus** (ENAR) hat am 12. Juni ein [Statement](#) zu den Europawahlen veröffentlicht. Darin ordnen sie besonders für vulnerable Gruppen den Rechtsruck im Parlament als besorgniserregend ein und fordern progressive Kräfte dazu auf, stärker zusammen zu stehen.
- Am 14. Juni hat **ILGA Europe** die Herausforderungen und Möglichkeiten des Ausgangs der Europawahlen bewertet ([Pressemitteilung](#)). Die Organisation zeigte sich besorgt über den generellen Unterstützungszuwachs für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien. ([Podcast](#) zu den Ergebnissen).
- Das **European Social Network** hat am 19. Juni eine [Mitteilung](#) zu den Ergebnissen der Europawahlen herausgebracht. Darin heben sie hervor, dass sich der Ausgang der Wahlen auf die Aufmerksamkeit und Ressourcen, die vulnerablen Gruppen zukommen, auswirken kann.
- Am 24. Juni hat die **Social Platform** ihr [Statement](#) zu den Europawahlen veröffentlicht. Die Wahlergebnisse zeigen auf, wie fragil die pro-demokratische Mehrheit im Europäischen Parlament ist und warnt vor einer Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Fraktionen.
- **COFACE Families Europe** äußerte sich am 25. Juni in einer [Mitteilung](#) zu den Ergebnissen und warnt vor einer Zusammenarbeit mit den rechtspopulistischen und rechtsextremen Fraktionen im Parlament.
- **143 zivilgesellschaftlichen Organisationen** haben seit dem 11. Juli einen [gemeinsamen Brief](#) an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unterzeichnet. Darin fordern sie für die kommende Legislatur 2024–2029, dass die Werte der Gleichheit und Anti-Diskriminierung weiter im Fokus europäischer Politik stehen.

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt den Autorinnen Katrin Lange und Carlotta von Westerholt.

Stichtag Sonderausgabe EU-Monitoring Post-Europawahlen: 30. September 2024

Kontakt: beobachtungsstelle@iss-ffm.de